

Finanzaufsicht fordert höhere Gebühren

24.8.13

HAUSHALT Strenge Vorgaben für Hohenstein / Straßenbeitragsatzung kommt

Von Hannelore Wiedemahn

HOHENSTEIN. „Jetzt sind wir reif“ – das war die erste Reaktion des Hohensteiner Bürgermeisters Daniel Bauer, als er die aufsichtsbehördliche Genehmigung für den Haushalt 2013 in Händen hielt. Auf 14 Seiten listet darin die Kommunalaufsicht im Einzelnen auf, wie die Gemeinde ihre Finanzlage zu verbessern hat. Auch wenn Hohenstein nicht zu den Schutzschirm-Kommunen zählt, muss sie sich künftig an strenge Vorgaben halten, wenn sie eine Genehmigung für ihren Haushalt haben möchte. Bis 2017 soll sie einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. „Es bleibt wenig Spielraum für die Politik“, soviel steht für Bauer jetzt schon fest. Der erste

Haushalt, den er als Rathauschef vorlegen muss, wird für die Bürger Mehrbelastungen bringen: Dass der Wasserpreis steigt, ist bereits beschlossene Sache. Doch auch im Bereich Abwasser fehlen 400.000 Euro zur Kostendeckung und bei den Friedhofsgebühren muss zumindest ein Teil der Gebühren angehoben werden. Im Laufe des Sommers werden die Gebühren neu kalkuliert; die Bedarfsberechnung soll bis Ende September vorliegen und in den neuen Haushalt einfließen. Allerdings muss die Gemeinde jedes Jahr einen Konsolidierungsbetrag von 75 Euro pro Bürger erwirtschaften, entweder durch Einsparungen oder durch Mehreinnahmen. Als weitere Maßnahmen zur Konsolidierung verlangt die Kom-

munalaufsicht deshalb eine 15-monatige Stellenbesetzungssperre und eine Beförderungssperre, den Verzicht auf Investitionen mit Folgekosten und die Reduzierung freiwilliger Leistungen.

Beschluss bis Jahresende

Spätestens bis zum Jahresende muss Hohenstein zudem eine Straßenbeitragsatzung beschließen, allerdings sollen damit nicht nur Anlieger betroffener Straßen zur Kasse gebeten werden. Besser wäre aus Sicht des Bürgermeisters, wenn jeder Grundstückseigentümer einen wiederkehrenden Beitrag zahle. Mit diesen Maßnahmen könne der für 2014 vorgegebene Konsolidierungsbetrag erreicht werden.

Bei der Grundsteuer sind Erhöhungen spätestens 2015 dann unvermeidbar: Der derzeitige Hebesatz von 260 Prozentpunkten liege deutlich unter dem Kreisdurchschnitt. „Die Aufsicht wird eine Erhöhung verlangen“, da ist sich Bauer sicher. Nicht gerade tüppig ist mit 28 Prozent auch der Kostendeckungsgrad bei den Kindergartengebühren. Eine weitere Erhöhung wäre allerdings „das falsche Signal“, findet Bauer. Insgesamt seien die Vorgaben der Kommunalaufsicht zur Haushaltsgenehmigung noch nie so deutlich und so scharf gewesen. „Das ist ein saurer Apfel, in den wir beißen müssen“. Allerdings sieht er im Abbau von Schulden auch eine Chance. „Nur tot sparen dürfen wir uns nicht“.